



# Buenos Aires-Briefing

März 2022

Olaf Jacob und Inga von der Stein

- › Zustimmung des argentinischen Kongresses zur Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF)
- › Ungebremsste Hyperinflation
- › Aufhebung COVID-bedingter Einreisebeschränkungen
- › Ausblick für April



## Argentinischer Kongress bewilligt Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds

Ende Januar 2022 hatten sich die argentinische Regierung und der Internationale Währungsfonds (IWF) auf eine Vereinbarung für die Rückzahlung des Rekordkredits von 44 Milliarden US-Dollar geeinigt ([wir berichteten](#)). Um in Kraft zu treten, musste sowohl der argentinische Kongress, bestehend aus Abgeordnetenhaus und Senat, sowie das Exekutivdirektorium des IWF dem Abkommen zustimmen.

Die Bestätigung des Kongresses war keine Formalie, sondern sorgte im Vorfeld für die größten Ausschreitungen seit längerer Zeit in Buenos Aires. Die Regierungallianz und Opposition verhandelten in den Tagen vor der Abstimmung im Abgeordnetenhaus intensiv über den Wortlaut des Gesetzesentwurfes, welcher die Vereinbarung mit dem IWF enthält. Der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, Sergio Massa (*Frente de Todos*), nahm eine vermittelnde Rolle ein. Aus dem Originalentwurf des Gesetzestextes wurden Begriffe wie „Refinanzierung“ und „Schulden“ bewusst gestrichen. In den Tagen vor und dem Tag der Sondersitzung zur Debatte des Abkommens kam es vor dem Kongressgebäude zu teils gewaltsamen Protesten gegen die Vereinbarung. Bei diesen wurden Reifen verbrannt als auch Steine auf das Kongressgebäude geworfen. Unter anderem das Büro von Vize-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner wurde beschädigt. Diese war empört, da sie sich selbst nicht für das Abkommen ausgesprochen hatte.

In den frühen Morgenstunden des 11. März stimmte das Abgeordnetenhaus schließlich nach 13-stündiger Debatte der Einigung mit dem IWF zu. 202 Abgeordnete sprachen sich für das Abkommen aus, 37 dagegen, 13 enthielten sich und vier Abgeordnete waren abwesend. Die Zustimmung für die Vereinbarung fiel in der Oppositionsallianz *Juntos por el Cambio* höher aus als in der Regierungallianz *Frente de Todos*. Von den Abgeordneten der Allianz *Juntos por el Cambio* stimmten – mit Ausnahme des Liberalen Ricardo López Murphy – alle bei der Debatte anwesenden Abgeordneten für das Abkommen. Von der Allianz *Frente de Todos* unterstützten knapp zwei Drittel die Vereinbarung. Die Ablehnung kam vor allem aus dem linken Flügel der Regierungallianz, dem Kirchnerismus. Außerhalb der Allianzen stimmten Abgeordnete aus den Randparteien von links und rechts gegen das Abkommen.

Eine Woche nach dem Votum im Abgeordnetenhaus stimmte der argentinische Senat am 17. März für das Abkommen mit 56 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen sowie drei Enthaltungen. Wie im Abgeordnetenhaus kam der Großteil der positiven Stimmen aus der Oppositions- und nicht der Regierungallianz.



